

Niederschrift

der IX/22. Sitzung

Stadtvertretung der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin: Donnerstag, 1. Dezember 2016
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 19:45 Uhr
Sitzungsort: Kleiner Saal der Stadthalle in Schmallenberg

Anwesende:

Vorsitzender

Bürgermeister Bernhard Halbe

Stadtvertreter

Dietmar Albers
Guido Altenhoff
Hans-Georg Bette
Markus Bette
Horst Broeske
Dieter Eickelmann
Rudolf Ewers
Willi Ewers
Michael Franke
Hubertus Guntermann
Franz-Josef Hellermann
Hubertus Heuel
Katja Lutter
Jürgen Meyer
Johannes Müller
Maike Ochsenfeld
Franz-Josef Pape
Friedhelm Pape
Ludwig Poggel
Josef Rinke
Heinz-Josef Rötz
Bernd Schrewe
Meinolf Sternberg
Friedrich Freiherr von Weichs
Werner Voss
Dietmar Weber
Wilfried Welfens
Stefan Wiese
Jens Winkelmann
Christa Wolter

ab 17.40 Uhr während TOP 2 ö.T.

Von der Verwaltung

Erster Beigeordneter Burkhard König
 Technischer Beigeordneter Andreas Dicke
 Stadtamtmann Andreas Plett

bis 19.37 Uhr nach TOP 5.2 ö.T.

Schriftführerin

Stadtangestellte Gerda Rettler

Entschuldigt fehlen

Alfons Brüggemann
 Ralf Fischer
 Hartmut Fust
 Gerd Kaspari
 Franz-Josef Klauke
 Christoph Klostermann
 Siegfried Knoche
 Jörg Schirrey

Zur Tagesordnung stehen:

A ÖFFENTLICHER TEIL

Vorlage:

1. Einwohnerfragestunde
2. Beratung des Haushaltsplanentwurfes der Stadt Schmallenberg für das Haushaltsjahr 2017 und Beschluss
 a) der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017
 b) des Ergebnis- und Finanzplanes für die Jahre 2018-2020
 c) des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2017 IX/698
3. Mitgliedschaften:
 Gründung des Vereins Westfälischer Hansebund e.V. IX/696
4. Antrag zur Änderung der Gestaltungssatzung Historischer Ortskern Bad Fredeburg
 - Antrag der BFS-Ratsfraktion IX/715
5. Verschiedenes

B. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

Vorlage:

1. Energetische Sanierung und Umgestaltung der Dreifachturnhalle am Schulzentrum Schmallenberg
 - Auftragsvergabe Technische Gebäudeausstattung (TGA), Leistungsphase 3 - 6 IX/713
2. Veräußerung einer Gewerbefläche im Gewerbepark Hochsauerland IX/717
3. Verschiedenes

Bürgermeister Halbe eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist.

Zur Tagesordnung trägt Herr Halbe vor, dass er mit Schreiben vom 30.11.2016 vorgeschlagen habe, im **nichtöffentlichen Teil**

als TOP 2 Veräußerung einer Gewerbefläche im Gewerbepark Hochsauerland
Vorlage IX/717

ergänzend zu behandeln. Der nachfolgende Tagesordnungspunkt würde sich entsprechend verschieben.

Bedenken gegen diesen Änderungsvorschlag zur Tagesordnung werden nicht erhoben.

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

A. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

TOP 2 Beratung des Haushaltsplanentwurfes der Stadt Schmallenberg für das Haushaltsjahr 2017 und Beschluss **a) der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017** **b) des Ergebnis- und Finanzplanes für die Jahre 2018-2020** **c) des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2017** **IX/698**

Bürgermeister Halbe führt einleitend aus, dass der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes mit seinen Bestandteilen und Anlagen für das Haushaltsjahr 2017 am 06.10.2016 von ihm in den Rat eingebracht worden sei. Der Entwurf des Haushaltes sei am 12.10.2016 öffentlich bekannt gemacht worden und habe im Anschluss bis zum heutigen Tag zur Einsichtnahme öffentlich im Rathaus ausgelegen. Einwendungen von Einwohnern oder Abgabepflichtigen seien nicht vorgebracht worden. Mit Vorlage IX/698 vom 17.11.2016 habe er den Entwurf der Haushaltssatzung der aktuellen Entwicklung angepasst. Unter Berücksichtigung dieser Änderungen schließe der Entwurf des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2017

im <u>Ergebnisplan</u> mit Erträgen in Höhe von	58.265.900 €
und Aufwendungen in Höhe von	58.179.400 €
also einem Saldo von	+ 86.500 €

im <u>Finanzplan</u> aus laufender Verwaltungstätigkeit	
mit Einzahlungen in Höhe von	54.064.600 €
und Auszahlungen in Höhe von	51.943.400 €
also einem Saldo von	+2.121.200 €

aus <u>Investitionstätigkeit</u>	
mit Einzahlungen in Höhe von	7.094.000 €
und Auszahlungen in Höhe von	13.916.700 €

also einem Saldo von	-6.822.700 €
aus Finanzierungstätigkeit	
mit Einzahlungen in Höhe von	2.298.300 €
und Auszahlungen in Höhe von	330.000 €
also einem Saldo von	+1.968.300 €

ab. Der Finanzplan schließe ab mit einer Unterdeckung des Bestandes an Finanzierungsmitteln von 2.733.200 €.

Der Ergebnisplan sei originär ausgeglichen. Kredite seien unverändert in Höhe von 2,2 Mio. € und der Höchstbetrag der Kassenkredite mit 2,5 Mio. € veranschlagt.

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden ebenfalls gegenüber dem Entwurf unverändert

für die Grundsteuer A mit	213 v.H.
für die Grundsteuer B mit	421 v.H.
und für die Gewerbesteuer mit	414 v.H.
vorgeschlagen.	

Im Anschluss an die einleitenden Worte von Bürgermeister Halbe tragen die Vorsitzenden der Ratsfraktionen, beginnend mit Herrn Poggel für die CDU-Fraktion, anschließend Herr Wiese für die UWG-Fraktion, stellvertretend für Herrn Klauke Herr Franz-Josef Pape für die BFS-Fraktion, Herr Welfens für die SPD-Fraktion und Herr Meyer für die Fraktion B'90/Die Grünen, ihre Stellungnahmen zum Haushaltsentwurf 2017 vor.

Die Redemanuskripte sind dieser Niederschrift als Anlagen 1-5 beigelegt. Die vorgetragenen Worte können im Einzelnen davon abweichen.

Vor Eintritt in die weiteren Beratungen berichtet Herr Halbe, in der Bürgermeisterkonferenz sei darüber informiert worden, dass der Hochsauerlandkreis zur Verbesserung mit Breitbandversorgung im ländlichen Bereich entsprechende Finanzierungsanträge auf Bundesebene gestellt habe. Hier könne ein Eigenanteil in Höhe von bis zu 750.000 € auf die Stadt Schmallenberg zukommen.

Auf Äußerungen von Herrn Franz-Josef Pape, die Beratungen mit dem Ruhrverband bezüglich der Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht seien nicht transparent gewesen erklärt Herr Halbe, alle entsprechenden Unterlagen seien über das Ratsinformationssystem und über entsprechende Möglichkeiten zur Akteneinsicht zugänglich.

Zur Entwicklung der Kreisumlage für 2017 erklärt Herr Halbe, er gehe derzeit davon aus, dass mit einer Anhebung von unter 1 % für 2017 zu rechnen sei. Die Höhe der Kreisumlage sei auch abhängig von der Höhe der Landschaftsverbandsumlage.

Anschließend werden die Änderungsanträge der Fraktionen zur Diskussion und Abstimmung gestellt.

Produkt 120102

10.000 € Beseitigung doppelter Straßennamen im Stadtgebiet

Antrag der UWG-Fraktion

Herr Wiese erläutert den Antrag. Er betont die Bedeutung der Umbenennung mehrfach vorkommender Straßennamen, insbesondere für Rettungseinsätze.

Herr Welfens verweist darauf, dass der Antrag in der Ratssitzung am 24.11.2016 an den Fachausschuss zur weiteren Beratung verwiesen wurde.

Herr Wiese führt aus, dass nach Ansicht der UWG-Fraktion der zusätzliche Betrag vorsorglich zur Abdeckung evtl. entstehender Kosten in den Haushalt eingestellt werden sollte.

Herr Poggel vertritt die Ansicht, dass eine Umbenennung doppelter Straßennamen nur auf freiwilliger Basis unter Beteiligung der betroffenen Bürger durchgeführt werden sollte.

Der Antrag der UWG-Fraktion auf die Bereitstellung von 10.000 € für die Beseitigung doppelter Straßennamen im Stadtgebiet wird bei 10 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Produkt 210102

100.000 € Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Schulzentrum Schmallenberg

Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion

Herr Meyer nimmt kurz zum Antrag Stellung. Er verweist noch einmal auf die bisherigen Beratungen. In der Vergangenheit sei die Maßnahme aus haushaltstechnischen Gesichtspunkten abgelehnt worden. Da sich diese Voraussetzung aufgrund des vorgelegten ausgeglichenen Haushaltes jetzt geändert hätten, sei der Antrag erneut gestellt worden.

Herr Dicke erläutert, technisch sei eine Investition in Höhe von rd. 40.000 € ausreichend, um mit der durch eine Photovoltaikanlage erzeugten Energie den Eigenbedarf des Schulzentrums Schmallenberg abzudecken. Es sei möglich, auch unter statischen Gesichtspunkten, eine entsprechende Anlage auf dem Betondach im Südbereich der Turnhalle zu installieren.

Herr Meyer erklärt, unter dieser Voraussetzung ändere die Fraktion B'90/die Grünen den Antrag dahingehend, dass zur Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Schulzentrum Schmallenberg ein Betrag von 40.000 € im Haushalts bereitgestellt werden soll.

Dem Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen auf Bereitstellung eines Betrages von 40.000 € zur Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Schulzentrum Schmallenberg wird bei einer Enthaltung einstimmig zugestimmt.

Produkt 250101

Erhöhung der Fördermittel für Maßnahmen an Schützenhallen und Erhöhung des Fördersatzes Materialkostenzuschuss

Antrag der CDU-Fraktion

Antrag der SPD-Fraktion

Herr Welfens bittet zunächst darum, die Beratungen und Beschlussfassungen in die Bereiche Fördermittel und Fördersatz Materialkostenzuschuss zu trennen, da im Bereich der Fördermittel der Betrag zwischen dem Antrag der CDU-Fraktion und dem der SPD Fraktion differiere.

Herr Poggel bittet um Informationen, in welcher Höhe in der Vergangenheit entsprechende Fördermittel in Anspruch genommen wurden.

Herr König erklärt, es seien in der Vergangenheit jährlich durchschnittlich 20.000 € abgerufen worden.

Herr König schlägt vor, für das Haushaltsjahr 2017 den bisherigen Förderbetrag von 30.000 € auf 40.000 € zu erhöhen und den Ansatz zusätzlich mit einer Verpflichtungsermächtigung in

Höhe von 20.000 € zu hinterlegen. Damit könnten in 2017 für Anträge, die über den Betrag von 40.000 € hinausgehen, Förderzusagen für 2018 erteilt werden.

Dem Antrag der CDU-Fraktion auf Erhöhung der Fördermittel für Maßnahmen an Schützenhallen von 30.000 € auf 40.000 € plus Erhöhung des Fördersatzes Materialkostenzuschuss von 30 % auf 40 % wird einstimmig zugestimmt.

Zum Antrag der SPD-Fraktion auf Erhöhung der Fördermittel für Maßnahmen an Schützenhallen auf 60.000 € wird einstimmig beschlossen, den Ansatz zusätzlich mit einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 20.000 € für 2018 zu hinterlegen.

Produkt 540101

100.000 € Erhöhung des Ansatzes kleine Straßeninstandsetzungen

Antrag der CDU-Fraktion

Antrag der UWG-Fraktion

130.000 € Beauftragung eines Straßenkatasters für das Stadtgebiet Schmallenberg

Antrag der SPD-Fraktion

Herr Halbe führt aus, dass aufgrund des einstimmigen Beschlusses des Technischen Ausschusses vom 21.10.2015 die Ortsvorsteher bzw. die Bezirksausschüsse angeschrieben worden seien, um die Verwaltung bei der Erstellung eines Straßenkatasters zu unterstützen. Er gehe davon aus, dass bis Ende des Jahres alle Rückmeldungen vorliegen. Es sei bereits damit begonnen worden, einzelne Bereiche durch fachlich qualifizierte Mitarbeiter zu kategorisieren.

Herr Dicke erläutert, die Ergebnisse aus den Rückläufen würden derzeit in Listen eingetragen. Später sollen die Daten mit Hilfe eines digitalen Knoten-Kanten-Modells zusammengeführt werden. Das Netzknoten-Kanten-Modell stelle eine Visualisierung des Straßennetzes dar und diene als Grundlage für weitere Planungen. Ergebnislisten könnten so mittels des GIS Systems ArcGIS erstellt und zugänglich gemacht werden.

Er erläutert, dass eine Fremdvergabe für ein flächendeckendes Straßenkataster, welches Informationen über Alter, Zustand und Ausbauart der Straßen sowie eine Prognose über den wirtschaftlichen Verbrauch bzw. den Zeitpunkt der voraussichtlichen Erneuerung mit Kostenschätzungen enthält, Kosten in Millionenhöhe verursachen könnte, da dazu u.a. Bohrungen notwendig sein könnten. Das durch den Technischen Ausschuss beschlossene Verfahren reiche seiner Meinung nach zunächst aus, um sich einen Überblick zu verschaffen. Im Haushaltsplan 2017 seien die geplanten Straßenbaumaßnahmen bis zum Haushaltsjahr 2020 dargestellt. Die Erkenntnisse aus einer eventuellen visuellen Erfassung der Straßendaten im Jahre 2017 hätten unter den heutigen Begebenheiten größtenteils erst einen direkten Einfluss auf die Planungen ab 2021.

Herr Franz-Josef Pape vertritt die Auffassung, Aussagen zum Unterbau der Straßen müssten mit der Fachkenntnis der Mitarbeiter aus den Altakten ersichtlich sein. Ziel des Straßenkatasters müsse sein, auf lange Sicht alle Straßen zu erfassen, einen Überblick über deren baulichen Zustand zu bekommen und damit eine bessere wirtschaftliche Planung zu ermöglichen. Das derzeitige Verfahren sei aus seiner Sicht nicht ausreichend.

Herr Albers weist darauf hin, dass ein einstimmiger Beschluss des Technischen Ausschusses vorliege, der die Grundlage für das derzeitige Verfahren darstelle.

Herr Poggel ergänzt, mit dem beschlossenen Verfahren sei man auf einem guten Weg, der so weiterverfolgt werden solle.

Herr Welfens erläutert, Grundlage für den Antrag der SPD-Fraktion auf Bereitstellung eines Betrages von 130.000 € für die Beauftragung eines Straßenkatasters sei die damalige Vorlage für den Technischen Ausschuss gewesen.

Unter der Voraussetzung, dass eine Finanzierung des durch den Technischen Ausschuss beschlossenen Verfahrens gesichert sei, ziehe er den Antrag der SPD-Fraktion zurück.

Herr Dicke bestätigt, dass das derzeitige Verfahren einschließlich der Beschaffung der dafür notwendigen Softwaresysteme finanziert ist.

Auf Nachfrage von Herrn Franz-Josef Pape, wie die Daten zugänglich gemacht werden können erklärt Herr Dicke, dies sei über Ergebnislisten und graphische Darstellungen möglich.

Herr Halbe stellt zunächst die Anträge der CDU-Fraktion und der UWG-Fraktion auf Erhöhung des Ansatzes „Kleine Straßeninstandsetzungen“ um 100.000 € zur Abstimmung. Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

Die SPD-Fraktion zieht den Antrag auf Bereitstellung eines Betrages von 130.000 € für die Beauftragung eines Straßenkatasters für das Stadtgebiet Schmallenberg zurück.

Produkt 540101

Änderung der Straßenbaubeitragssatzung, Absenkung des KAG-Anteils für Anliegerstraßen

Antrag der BfS-Fraktion

Herr König stellt die finanziellen Auswirkungen auf den Finanzplan für die Jahre bis 2020 im Falle einer Minderung des Beitragssatzes dar.

Herr Franz-Josef Pape vertritt die Auffassung, dass die KAG-Beiträge in der derzeitigen Höhe die finanzielle Leistungsfähigkeit vieler Bürger übersteigen.

Herr Bette weist darauf hin, dass ein Grund für die Erhöhung der KAG-Beiträge auch eine Empfehlung des Gemeindeprüfungsamtes gewesen sei. Man dürfe nicht außer Acht lassen, dass die Kosten gegenfinanziert werden müssten. Entlaste man den Einzelnen, würden die Kosten durch den höheren städtischen Anteil auf die Allgemeinheit umgelegt.

Herr Broeske weist auch auf die Ungerechtigkeiten gegenüber den Betroffenen hin, die in der Zwischenzeit die erhöhten KAG-Beiträge gezahlt hätten.

Bei 4 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen wird der Antrag der BfS-Fraktion auf Änderung der Straßenbaubeitragssatzung, Absenkung des KAG-Anteils für Anliegerstraßen auf 50 % abgelehnt.

540102

Aufnahme des Radweges zwischen Bad Fredeburg und Huxel in das Investitionsprogramm 2018 bei Vorplanung 2017

Antrag der UWG-Fraktion

Herr Dicke führt aus, die eine Besichtigung des Teilstücks durchgeführt worden sei. Eine Erneuerung des Radwegeteilstücks Bad Fredeburg bis Huxel solle frühestens in Zusammenhang mit der Ortsverbindungsstraße nach Holthausen durchgeführt werden. Der Radweg habe keinen ausreichenden Sicherheitsabstand zur Straße. Sowohl Fahrbahn als auch Radweg würden durch das Wurzelwerk der vorhandenen Bäume geschädigt. Hier müsse im Zusammenhang mit den notwendigen Straßenbaumaßnahmen eine Lösung gefunden werden. Bei den Planungen für 2017 ist die Maßnahme noch nicht berücksichtigt.

Die Maßnahme soll mit hoher Priorität weiter verfolgt werden.

540103

Erneuerung Radweg zwischen Lenne und Fleckenberg Antrag der UWG-Fraktion

Herr König führt aus, dass nach Aussage der technischen Abteilung die beantragten 30.000 € für eine Asphaltierung des vorhandenen Schotteraufbaus nicht ausreichen. Notwendig sei dafür ein Betrag von 60.000 €, allerdings bestehe in dem Bereich KAG-Beitragspflicht, so dass rund 20.000 € im Rahmen der Beitragspflicht umgelegt werden könnten.

Herr Eickelmann merkt an, dass der Weg auch land- und forstwirtschaftlich genutzt werde.

Herr Wiese führt aus, man müsse in diesem Zusammenhang auch an den Bund herantreten, um den Bau eines straßenbegleitenden Radweges entlang der B 236 einzufordern. Hier bestehe noch weiterer Klärungs- und Diskussionsbedarf.

Er erklärt, die UWG-Fraktion ziehe den Antrag auf Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Erneuerung des Radweges zwischen Lenne und Fleckenberg zurück, da in der Angelegenheit zunächst weiter beraten werden müsse.

Herr Poggel schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen, eine Resolution an den Bund zum Ausbau der Radwegeverbindung entlang der B 236 zu richten.

Herr Halbe formuliert folgenden Resolutionstext:

Die Stadt Schmallenberg fordert den Bund zur konsequenten Radwegeverbindung entlang der B 236 und damit einem Lückenschluss der Lenneroute durch Bau eines straßenbegleitenden Radweges ab der Stadtgrenze auf.

Die Stadtvertretung stimmt dem Resolutionstext einstimmig zu.

Konnexitätsausgleich Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG NRW)

Herr König weist auf ein Schreiben des Städte- und Gemeindebundes vom heutigen Tage hin aus dem hervorgeht, dass seitens des Landes NRW das Einvernehmen zum Erlass der Kostenausgleichsverordnung hergestellt wurde. Diese Verordnung regelt, dass die Gemeinden aufgrund einer Kostenfolgeabschätzung als Ersatz der notwendigen, durchschnittlichen Aufwendungen, die durch die Verteuerung von öffentlichen Aufträgen oder durch die zusätzliche Rechtsverfolgung in Folge der Anwendung des TVgG entstanden seien, eine einmalige Kostenausgleichszahlung, die sich auf der Basis der Einwohnerzahlen errechnet, erhalten. Auf die Stadt Schmallenberg entfalle ein Betrag in Höhe von 20.277 €, der noch in den Haushalt einzuarbeiten wäre. Die Auszahlung solle im Anschluss an die Verabschiedung des Landeshaushaltes 2017 erfolgen.

Weitere Anträge zum Haushalt 2017 und Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Sitzung wird an dieser Stelle von 19.17 Uhr bis 19.27 Uhr unterbrochen.

Kämmerer König trägt den Beschlussvorschlag für die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017, für den Ergebnis- und Finanzplan für die Jahre 2018 -2020 und für den

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 vor, der sodann von Bürgermeister Halbe zur Abstimmung gestellt wird.

Die Stadtvertretung fasst bei 3 Gegenstimmen der BfS-Fraktion mehrheitlich folgende Beschlüsse:

a) Beschluss der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV.NRW. S. 666) in der zurzeit geltenden Fassung beschließt die Stadtvertretung folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017:

§ 1

Der **Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017**, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich erzielbaren Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	58.285.900 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	58.279.400 €

im **Finanzplan** mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	54.084.600 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	52.043.400 €

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	7.094.000 €
--	-------------

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	13.966.700 €
--	--------------

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	2.298.300 €
---	-------------

dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	330.000 €
---	-----------

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen erforderlich ist, wird auf

2.200.000 €

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

1.395.000 €

festgesetzt.

§ 4

(Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage) - Entfällt

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

2.500.000,00 €

festgesetzt.

§ 6

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2017 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

- 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf 213 v.H.
- 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf 421 v.H.

- 2. **Gewerbsteuer** auf 414 v.H.

§ 7

(Wiederherstellung Haushaltsausgleich) – Entfällt

§ 8

(Örtliche Sonderregelungen) - Entfällt

b) Beschluss des Ergebnis- und Finanzplans für die Jahre 2018-2020

Die Stadtvertretung beschließt den Ergebnisplan für die Jahre 2018-2019 mit einem Saldo von

+ 86.300 € für 2018
+ 128.000 € für 2019
+ 1.227.500 € für 2020

und den Finanzplan für die Jahre 2018 – 2020 mit einem Saldo von

+ 692.800 € für 2018
+ 456.700 € für 2019
+ 2.293.400 € für 2020

TOP 5.2 IT-Sicherheit

Herr Meyer fragt vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse an, ob von einer Sicherheit der IT-Systeme bei der Stadt Schmallenberg ausgegangen werden könne.

Herr Halbe informiert, die aktuellen Daten würden jeden Abend automatisch gesichert, so dass im Falle einer Störung auf die Daten des Vortages zurückgegriffen werden könne.

Die Stadt Schmallenberg nehme im Rahmen eines Pilotprogramms der KRZ Lemgo an einem Sicherheits-Check teil, dieser werde voraussichtlich Anfang 2017 abgeschlossen sein. In diesem Zusammenhang würden alle Systeme auf ihre Belastbarkeit und Sicherheit überprüft.